

Rede zur Veranstaltung „**Bad Saarow bleibt bunt – für Gastfreundschaft, friedliches Miteinander und kulturelle Vielfalt**“, von Axel Hylla

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Besucherinnen und Besucher, die heute ihren Weg nach Bad Saarow fanden

Ich danke Ihnen allen sehr für Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung. Wir wollen hier heute für Werte eintreten. Für gewöhnlich entscheidet man sich zu einem solchen Schritt, wenn man die Geltung seiner Werte gefährdet sieht. In meinen Augen ist das zu fürchten, und so ist es kein Zufall, dass wir uns heute treffen, während die AfD wenige Meter entfernt eine öffentliche Veranstaltung abhält.

Dabei möchte ich betonen, dass ich die Gefahr von Rechts, die ich sehe, nicht an einer Parteizugehörigkeit festmache. Es geht um die Inhalte, die von dieser Partei propagiert werden, und die sich auch jenseits der Politik in den Köpfen breit machen. Aber diese Köpfe sind nicht die Mehrheit, und sie sprechen nicht – wie sie selbst behaupten – für das Volk. Wir sind heute auch hier, um diese Tatsache deutlich zu machen.

Worum geht es also? Wenn ich in den letzten Wochen Menschen in Bad Saarow auf unsere Pläne für eine Kundgebung am heutigen Tage ansprach, erhielt ich sehr viel Zuspruch und unbedingte Unterstützung. Das hat mich sehr bestärkt.

Vereinzelt wurden aber auch Zweifel geäußert, und wenn ich die AfD ansprach, so kamen einige Gesprächspartner umgehend auf das Thema Migration und Flucht. Man könne nicht, man solle endlich, so könne es nicht weiter gehen. Oder – besonders beliebt – man könne nicht „alle herholen“, als ob das jemals zur Debatte stand oder von jemanden gefordert worden wäre.

Dass die Aufnahme von über einer Million Flüchtender innerhalb weniger Jahre Herausforderungen mit sich bringen würde, versteht sich von selbst. Diesen Herausforderungen muss man sich stellen, als Politiker, als Verantwortlicher in den Kommunen, aber auch als Gesellschaft insgesamt. Unsere gewachsenen Werte wie Pluralismus und Meinungsfreiheit, solidarische Verteilung der Lasten oder die Beachtung individuell garantierter Grundrechte müssen dabei unsere Leitlinien sein und bleiben.

In Gesprächen mit Freunden, Bekannten, Familienmitgliedern erlebe ich jedoch oft eine innere Zerrissenheit. Das Gefühl, dass die eigenen humanistischen Überzeugungen oder auch die gebotene christliche Nächstenliebe im Widerspruch stehen zu als notwendig verkauften Maßnahmen zum Schutz vor einer durch Boulevardblätter, sich selbst recyclenden Talkshows und Falschmeldungen in sozialen Netzwerken enorm aufgeblasenen angeblichen Gefahr durch die Aufnahme Geflüchteter.

Geflüchtete werden von einigen mittlerweile für alles verantwortlich gemacht: Für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum – obwohl schon seit den 90ern der soziale Wohnungsbau vernachlässigt und massenhaft Wohnungen an Heuschrecken verkauft wurden, für prekäre Beschäftigungsverhältnisse – obwohl der Niedriglohnsektor und sachgrundlose Befristungen lange vor 2015 beschlossen waren, für den gefühlten Anstieg der Kriminalität – obwohl die Statistiken das Gegenteil belegen, und selbst für Rentenarmut.

Man kann vieles kritisch sehen mit Blick auf die gegenwärtigen Versuche, die globale Zunahme der Zahl Schutzsuchender in unserer sich durch Kriege, Handelskonflikte und den Klimawandel destabilisierenden Welt zu bewältigen - zum Beispiel die Weigerung zu vieler Staaten, sich an der Aufnahme von Flüchtenden zu beteiligen. Die mangelnde finanzielle und materielle Unterstützung der Flüchtlingshilfe der UN. Das Ausbleiben einer für ganz Europa geltenden Verständigung auf gemeinsame Standards der Anerkennung von Fluchtgründen. Oder die viel zu geringe personelle Ausstattung einer Vielzahl unserer Behörden aufgrund der Ideologie vom Schlanken Staat, die hier seit den späten 90ern um sich greift und den Staat in Krisensituationen stets überfordert aussehen lässt.

Die Lösungsvorschläge der AfD und anderer rechter Protagonisten sind aber gerade keine praktikablen Lösungen. Nationale Alleingänge enden in einem Schwarzer-Peter-Spiel, in einem Chaos, in dem es keine Gewinner geben kann. Diese Vorschläge werden propagiert von Leuten, die eine Genugtuung verspüren angesichts von Bildern der Zurückweisung hilfsbedürftiger Menschen.

Das ist der Kern des politischen Angebots von Rechts: Eine in sich menschenfeindliche Grundhaltung zur Lösung von Problemen. Wenn es zum Beispiel als sinnvolle Strategie verkauft wird, Geflüchteten den Aufenthalt bei uns so unangenehm wie möglich zu machen. Indem man ihnen wie in Dänemark Geld und Telefone abnimmt, so dass sie nicht mehr mit ihren Liebsten telefonieren können. Indem man in paternalistischer Weise Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt, wie jetzt vom Bundesinnenminister vorgeschlagen. Oder indem man Familien so lange wie möglich voneinander trennt.

Das ist, als ob man ein rettendes Ufer anzündet und einem Ertrinkenden anbietet, ihm dorthin zu helfen. Es ist zutiefst zynisch und menschenverachtend. Und wie es endet, kann man derzeit an der Grenze der USA zu Mexiko beobachten, wo selbst Zwei- bis Achtjährige auf sich gestellt in großen Gruppen in Käfige gesperrt werden.

Dies muss sich jeder vor Augen halten, der glaubt in der Flüchtlingsfrage die Positionen der AfD verteidigen zu müssen oder dieser Partei die „größte Kompetenz“ zuschreibt. Sie bietet einen einfachen Ausweg für das von mir eingangs beschriebene Dilemma zwischen humanistischer Grundhaltung und vermeintlichen Lösungen. Nämlich eben diese humanistische Überzeugungen mit samt den Flüchtlingen rundheraus über Bord zu werfen. Einen ideologischen Befreiungsschlag zu vollziehen, der alles verrät, wofür unsere Vorväter und -mütter gekämpft haben. Die Rückkehr zum Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts, zum egoistischen Kampf Horde gegen Horde.

Wie aber sollte die vermeintliche Verteidigung unserer Heimat, unserer Gesellschaft bitte gelingen, wenn wir dabei eben jene Werte über Bord werfen, die sie ausmachen? Jegliche Lösungsvorschläge, die wie die o.g. darauf beruhen, Menschen schlecht zu behandeln, ihnen die Integration zu erschweren, ihnen ihre individuellen Rechte vorzuenthalten aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit, lehne ich ab!

Diesem vergifteten ideologischen Angebot der AfD müssen wir unsere tiefe Überzeugung entgegen halten, dass auch künftig jegliche sich auftuenden Schwierigkeiten lösbar sind - auch unter der Berücksichtigung unserer Grundwerte und der Achtung der Grundrechte für jeden Menschen. Viele Menschen, die bereits mit der menschenverachtenden Ideologie der Neuen Rechten liebäugeln, lassen sich noch zurück holen. Vor allem dort, wo Vertrauensverhältnisse vorliegen, im Familien- und Freundeskreis, kann die Nennung von Fakten und praktischen Lösungsvorschlägen Wirkung entfalten.

Hierbei sollte man den Fokus ruhig auch verschieben von der Diskussion über die Symptome der Krisen hin zu deren Ursachen. Statt von Talkshow zu Talkshow über Geflüchtete und Schwierigkeiten der Integration zu sprechen, sollten wir uns viel häufiger und intensiver über die besten Konzepte zur Bekämpfung der Fluchtursachen in der Welt oder der Wohnungsnot in unserem Lande streiten.

Aber dafür muss man bereit sein, Stellung zu beziehen - so wie wir heute. Wenn man sich zwischen Widerspruch und Schweigen zu entscheiden hat, kann nur das Sprechen das Mittel der Wahl sein, um der Vereinnahmung einer vermeintlichen schweigenden Mehrheit durch die Rechten etwas entgegen zu setzen. Die Strategie des Wegduckens und Beschwichtigens, der Versuch des Totschweigens hat bereits 1932 nicht funktioniert.

Man darf sich dabei nicht täuschen: So etwas wie eine gemäßigte Version dieser menschenfeindlichen Politik gibt es nicht. Und auch einer der beiden Bundestagsabgeordneten der AfD, die dort drüben sprechen und sich als gemäßigt bezeichnen, beschäftigt mit Jean-Pascal Hohm einen Vorzeigeaktivisten der rechtsextremen identitäten Bewegung als Mitarbeiter. Und das ist kein Einzelfall. Es gibt keine Trennung zwischen radikaler und gemäßigter Menschenfeindlichkeit.

Es sollte auch jedem klar gemacht werden – und damit verlasse ich ein Stück weit das Thema Flucht und Integration – dass diese politische Grundhaltung nicht als solitäre Ansicht in Bezug auf Geflüchtete zu bekommen ist. Nein, wer sich selbst eine Verachtung für Gruppen von Menschen erlaubt, wird vor anderen Randgruppen und alternativen Lebensentwürfen nicht halt machen. Der missversteht Demokratie als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheiten. Dieser Leitfaden zieht sich dann auch durch das gesamte Bundestagswahlprogramm der AfD.

Viele Menschen wissen ja nicht einmal Bescheid darüber, was dort so alles drin steht. In der Familienpolitik vertritt die AfD dieselbe rückwärtsgewandte Einstellung wie bei anderen Themen. Da ist von Bevölkerungspolitik die Rede, die darin gipfelt, die Rechte von Frauen in Scheidungsangelegenheiten gegenüber dem Mann zu beschneiden, eheliche Solidarität einzufordern und im Fall derer vermeintlicher Verletzung die staatliche Unterstützung Alleinerziehender zu beschneiden. Sozusagen selbst schuld, wenn die Frau ihren Mann verlässt.

Da geht es um die Marginalisierung homosexueller Partnerschaften in der Öffentlichkeit, um Eingriffe in die Freiheit der Bildung mit der Forderung, nicht-heterosexuelle Präferenzen gleich ganz zu verschweigen, in Schulen nur noch das Bild der traditionellen Familie zu vermitteln und damit vielen Heranwachsenden die Möglichkeit zu nehmen, sich selbst zu verstehen.

Da geht es um Eingriffe in die Freiheit der Wissenschaften mit der Forderung eines Verbots der Forschung zu Geschlechtern. Natürlich lehnt die AfD auch Frauenquoten nicht nur ab. Vielmehr fordert sie, dass über Geschlechterungerechtigkeit staatlicherseits nicht mal mehr geredet werden dürfe.

Und dann ist da das große Thema Meinungsfreiheit, wo die Neuen Rechten eine große Gefahr für jeden von uns darstellen. Sie verwechseln die Forderung nach Meinungsfreiheit für sich mit dem Anspruch, dass ein jeder ihren menschenfeindlichen Ansichten zuzustimmen hat. Eine vermeintlich gegen sie gerichtete Meinungsdictatur wollen sie ersetzen durch eine dann tatsächliche Meinungsdictatur rechter Grundgesinnung.

Jeder, der es wagt, öffentlich ihren Vorstellungen zu widersprechen, wird bereits heute mit tausenden Drohbriefen eingeschüchtert. Dem politischen Gegner spricht man ab, dass er sich für das Wohl der Bevölkerung engagiert. Stattdessen spricht man von Volksverrättern und Mördern, denen Blut an den Händen klebe. Mit der Duldung der AfD droht uns eine beispiellose Verrohung der Sprache in Politik und Gesellschaft. Es verwundert dann auch nicht, dass sie in ihrem Wahlprogramm – die Freiheit auch hier angreifend - fordern, vermeintlich politisch korrekten Kunstprojekten die staatliche Unterstützung zu entziehen. Dabei ist politische Korrektheit nichts anderes als den ganz normalen Anstand im gesellschaftlichen Miteinander walten zu lassen.

Die Bedrohung der gesellschaftlichen Freiheiten, die zwangsläufig mit der Entscheidung für menschenfeindliche politische Werkzeuge einher geht, die Bedrohung der Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Bildung ist für eine Gemeinde wie Bad Saarow besonders relevant. Dass eine touristisch geprägte Gemeinde es sich nicht leisten kann, als feindselig gegenüber Fremden in Erscheinung zu treten, versteht sich von selbst. Mir ist das klar geworden, als im letzten Jahr eine Besucherin an unseren Infostand trat und sagte, sie komme in Brandenburg nur noch nach Bad Saarow, weil sie sich hier vor rechten Parolen sicher fühlt.

Auch die anderen genannten, von rechts bedrohten Freiheiten sind mit Bad Saarow unmittelbar verbunden. Unser Ort wurde von Künstlerkollektiven groß gemacht, von ehemals Fremden, die an diesen Flecken am Märkischen Meer zogen und hier neue Traditionen kultureller Vielfalt begründeten. Die Offenheit und Herzlichkeit allem Neuen gegenüber hat Bad Saarow stark und reichhaltig gemacht. Wir müssen uns daher mit aller Kraft gegen jegliche Einschränkung der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wenden. Und wir müssen uns gegen die Verrohung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung wenden, die einem Kurort ganz sicher nicht gut zu Gesicht stünde. Leider habe auch ich als Kommunalpolitiker inzwischen die Erfahrung gemacht, per Email mit Beleidigungen und Drohungen traktiert zu werden von einem Einwohner dieser Gemeinde. Ich habe den Vorfall zur Anzeige gebracht.

Lassen Sie uns von dieser Veranstaltung heute die Motivation mitnehmen, uns unserer ureigenen Werte zu vergewissern, und sie wieder selbstbewusst in friedlichen Diskussionen in allen gesellschaftlichen Kreisen zu vertreten. Lassen wir nicht zu, dass sich der falsche Eindruck einer vermeintlichen, schweigenden Mehrheit breit macht, die eine menschenfeindliche Politik unterstütze. Lassen Sie uns eintreten für Gastfreundschaft, friedliches Miteinander und kulturelle Vielfalt!